

Gleichwertige Lebensverhältnisse im Spiegel demografischer Indikatoren

Welche Indikatoren sind relevant und welche Ausprägungen/Schwellen zeigen die Verletzung gleichwertiger Lebensverhältnisse an?

Abstracts

Dezembertagung des Arbeitskreises "Städte und Regionen" der DGD
in Kooperation mit dem BBSR

30. November - 1. Dezember 2017 in Berlin

Heinrich Mäding

Gleichwertige Lebensverhältnisse und Aufbau Ost – eine Zwischenbilanz nach 25 Jahren

- Begriffliche Analyse: Was kann, was sollte man unter gleichwertigen/ungleichwertigen Lebensverhältnissen verstehen? Kann das Aggregationsproblem der Vielzahl der Indikatoren über zwei demographische Indikatoren (Wanderungen, Lebenserwartung) "gelöst" werden?
- Normative Analyse: Sollten wir gleichwertige Lebensverhältnisse wollen und warum? An wen sollte dieses Wollen-Sollen adressiert sein? Dabei werden auch Fragen nach den räumlichen Arealen der Adressaten, der Außengrenze ihrer Aufmerksamkeit und der inneren räumlichen Gliederung (Regionen) aufgeworfen. Ich halte die lange verwendete Formel "Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse" für den falschen Begriff für ein richtiges Ziel. Sie ist durch "Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse" zu ersetzen.

Publikationen zum Thema u.a.

1. "Gleichwertige Lebensverhältnisse". In: Dietrich Henckel u.a. (Hg.): Planen – Bauen – Umwelt. Ein Handbuch. Wiesbaden 2010, S.197-199.
2. "Demographischer Wandel". In: ebd., S.105-109.

Heinrich Mäding
Berlin
h.maeding@berlin.de

Gregor Schneider

Anpassung erstickt Entfaltung. Vielfalt statt Gleichwertigkeit!

Der Beitrag ist ein Statement gegen die uneingeschränkte Anerkennung des Postulats der gleichwertigen Lebensbedingungen. Aus einem einfachen Grund: die Sicherung bzw. vorerst Erreichung gleichwertiger Verhältnisse lenkt staatliche und institutionelle Ressourcen top-down auf konventionelle und verifizierbare Bahnen. Stattdessen sollte endlich die Diversität anerkannt und unterstützt werden, indem Spielräume zu ihrer Ausprägung resp. Erhaltung geschaffen und gefestigt werden. Vielfalt und Unterschiede ermöglichen ein neues Spiel der Kräfte und Reize. Nicht Hans Mustermann kann der Indikator für Lebensverhältnisse in jedem Winkel Deutschlands sein.

Es ist zu klären, auf welche gemeinsamen Standards man sich landesweit einigt. Vitale Orte und Regionen können aber in „benachteiligten“ Räumen erst dann wieder entstehen, wenn Eigenverantwortung, Selbstbestimmung und Abweichung von der Norm nicht mehr grenzlegal, sondern Charaktereigenschaften sind.

An Beispielen und Zitaten aus der Literatur (Artikel aus Tageszeitung, Forschungsprojekt, Fachliteratur) wird schlaglichtartig die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit beleuchtet. Warum wird Bewegungsfreiheit vorenthalten und der Ausbruch aus der Norm diskreditiert? Warum geraten in (fast ganz) Deutschland kleine Triebe abseits der gewohnten Linie so schnell ins Anarchische, Unfassbare, Unregulierbare? – Ja was, wenn das dann alle machen!?

Eine kleine Landstraße zwischen zwei Orten, die vormals in Kopfsteinpflaster mit Sandstreifen funktionierte und womöglich noch prägend für die Gegend war, wird asphaltiert und für den Norm-XL-Truck hergerichtet, der sie mutmaßlich nie benutzen wird. Ist das Anpassung der Lebensverhältnisse? Werden dadurch die Strukturbedingungen an die des Rhein-Main-Gebietes angeglichen? Vielfalt statt Gleichwertigkeit! Eigene Wege gehen können und soziale Gemeinschaften stärken. Der Kolorit der Regionen als (demografischer) Indikator dafür.

Der Input beschreibt nicht die Standpunkte eines Planers, sondern die Reflektion eines Betroffenen: eines Bewohners der peripheren, strukturschwachen Gebiete, deren „Gleichheit“ nicht zuletzt durch Wahlergebnisse konterkariert werden. Wer will wen an was angleichen? Wo ist die allgemeingültige und von allen als Maßstab akzeptierte Normal-Null? Kann man dieses Land normieren? Gerichtet ist der Beitrag nicht an exekutive Planer, sondern an all jene, die aus dem Schoße der (metropolitanen) Behörden und Institute die „gleichwertigen Lebensverhältnisse“ über Normen, Standards, Recht und Gesetz – und dadurch Einschränkung von Vielfalt und Innovation – zu erreichen gedenken.

Der Beitrag ist keine Erfolgsgeschichte und erst recht kein Rezept. Er formuliert Verständnisfragen.

Gregor Schneider
RAUM391. Stadtplanung | Architektur
gs@raum391.de

Stefan Fina, Karsten Rusche

Indikatoren zur Abbildung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in deutschen Stadtregionen

Die Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen ist ein in Deutschland im Grundgesetz verankertes Ziel, für das sich nur schwerlich Maßstäbe für eine umfassend akzeptierte Bewertung finden lassen. Die Raumordnung begegnet diesem Spannungsfeld mit Leitbildern der Raumentwicklung, deren Umsetzungserfolg unter anderem mit Indikatoren der Raumb Beobachtung bewertet wird. Leitbilder sind allerdings aufgrund verschiedener gesellschaftlicher Transformationsfelder immer wieder neu zu fassen, Raumb Beobachtungsinstrumente entsprechend anzupassen. So sind schon seit einigen Jahrzehnten demographische Verschiebungen in Deutschland zu beobachten, deren Auswirkungen zum Beispiel auf dem Wohnungsmarkt oder im Bereich der Mobilität und der Daseinsvorsorge sichtbar werden: Wirtschaftlich dynamische Wachstumsregionen leiden unter einem hohen Bevölkerungsdruck und einer Wirkungskette von Wohnraumverknappung, Verdrängung sozial benachteiligter Bevölkerungsschichten, sowie einer Zunahme von Pendlerbewegungen und Verkehrsbelastung. Demographisch schrumpfende Regionen sind häufig mit den Konsequenzen von Remanenz-Effekten konfrontiert: Leerstände, der Rückzug von Einrichtungen der Daseinsvorsorge, der Unterhalt verbleibender Infrastrukturen, allgemeiner Attraktivitätsverlust und Investitionsstau können sich zu Problemerkislaufen verstärken, die die Kommunen bei gleichzeitig sinkenden Steuereinnahmen vor große Herausforderungen stellen. Diese Prozesse gefährden den Erhalt gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Der vorliegende Beitrag beschreibt mit Methoden der Raumb Beobachtung, wie sich diese Entwicklungen räumlich differenziert darstellen und bewerten lassen. Wir nutzen hierfür Datenprodukte, die am Bereich Geoinformation und Monitoring des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) entwickelt wurden. Auf der Basis von Sekundärstatistiken der Regionalstatistik, der Bundesagentur für Arbeit, sowie von Geobasisdaten und kommerziellen Datenquellen wurden Indikatoren als Zeitreihen zusammengestellt und homogenisiert. Neben der flächendeckenden Darstellung bundesweiter Trends gilt ein besonderes Augenmerk dem Monitoring von Stadtregionen und ihren funktionalen Einzugsbereichen, sowie der intrakommunalen Statistik mit rasterbasierten Datenmodellen. In einer Sonderauswertung dieser Datenprodukte werden für die Dezembertagung die Trends von Bevölkerungs- und Beschäftigungsentwicklung vergleichend dargestellt. Auswirkungen dieser Trends werden für drei Wirkungskomplexe analysiert, die als aktuell bedeutende Risiken für den Erhalt gleichwertiger Lebensverhältnisse verstanden werden: (1) die Konsequenzen demographischer Transformationsprozesse auf die Bodenpreiseentwicklung und den Wohnungsmarkt, (2) die Entwicklung des Pendleraufkommens, und (3) die Bewertung von Ausstattungsstandards der Daseinsvorsorge und ihren Veränderungen. Aufgrund unterschiedlicher datentechnischer Möglichkeiten werden die Möglichkeiten auf drei räumliche Analyseebenen diskutiert: bundesweite Ergebnisse, Vergleiche zwischen den 32 Stadtregionen des ILS, sowie Auswertungen zu Entwicklungstrends innerhalb der Stadtregionen nach Kern und Umland.

Im Ergebnis soll dieser Beitrag die Möglichkeiten der Raumb Beobachtung aufzeigen, Indikatoren für die Bewertung gleichartiger Lebensverhältnisse bereitzustellen. Damit wird die Diskussion von Interventionspolitiken mit fachlich belastbaren Informationen unterstützt. Eine konkrete Anwendungsmöglichkeit wird beispielhaft anhand der Weiterentwicklung von Definitionsmethoden für Räume mit besonderem Handlungsbedarf (RmbH) dargestellt, die als Planungsinstrumente in der Landesplanung mancher Bundesländern eingesetzt werden.

Dr. Stefan Fina

ILS - Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung
stefan.fina@ils-forschung.de

Prof. Dr. Karsten Rusche

ILS - Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung
karsten.rusche@ils-research.de

Steffen Maretzke

Gleichwertige Lebensverhältnisse im Kontext demografischer Struktur- und Entwicklungsindikatoren. Regional differenzierte Herausforderungen im Überblick

Der demografische Wandel läuft und läuft, wobei er sich vor allem zu Lasten peripher gelegener strukturschwacher Räume entwickelt. Mit Blick auf demografische Indikatoren sind es vor allem der

- Verdichtungsgrad der Regionen,
- die Dynamik der demografischen Schrumpfungsprozesse sowie
- die Intensität der demografischen Alterung

die im Kontext der Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse die Regionen vor besondere Herausforderungen stellen. Zwar ließen sich für die Prozesse der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsentwicklung jeweils auch spezifische Struktur- und Entwicklungsindikatoren abgrenzen. Weil diese aber jeweils durch die anderen demografischen Einflussgrößen (Geburtenniveau, Sterblichkeitsniveau, Altersstruktur der Bevölkerung, Zu- und Fortzüge über die Regionsgrenze) z.T. erheblich modifiziert werden, sind diese Einzelindikatoren für die Diskussion regionaler Herausforderungen im Kontext gleichwertiger Lebensverhältnisse nur bedingt geeignet. Am ehesten ließen sich da noch Indikatoren der Wanderungsbilanz verwenden, allerdings nur, wenn es sich dabei um langfristig relativ einseitig ausgeprägte Wanderungsmuster – im Sinne von Wanderungsgewinnen oder –verlusten - handelt. Anders sieht es hinsichtlich der Faktoren „Bevölkerungsentwicklung“ und „Durchschnittsalter der Bevölkerung“ aus. In diesen Indikatoren bündeln sich die vielfältigen quantitativen und qualitativen, z.T. gegensätzlichen Wirkungen des Geburten- bzw. Sterblichkeitsniveaus, der Altersstruktur der Bevölkerung, wie der Zu- und Fortzüge über die Regionsgrenze.

Mit Blick auf diese Überlegungen stellt der Vortrag auf Basis der Indikatoren

- regionales Bevölkerungspotenzial,
- Bevölkerungsentwicklung 2000 bis 2015 und
- Durchschnittsalter der Bevölkerung 2012

ausgewählte Ergebnisse einer Typisierung der Kreisregionen Deutschlands vor, die eine Bewertung der z.T. sehr unterschiedlichen Herausforderungen der Regionen im Kontext der Sicherung gleichwertiger Verhältnisse ermöglichen. Sowohl die Ergebnisse der Clusteranalyse, wie auch die der Berechnung eines aggregierten Gesamtindex aus den drei o.g. Indikatoren belegen die unterschiedliche Betroffenheit der Regionen. Die Analysen belegen klar, dass sich die Herausforderungen vor allem auf ländlich peripher gelegene Regionen der alten und neuen Länder konzentrieren, wobei die ostdeutschen Kreisregionen deutlich stärker betroffen sind.

Demografische Strukturen und Trends sind im regionalen Kontext immer ein Spiegelbild ihrer ökonomischen, sozialen und siedlungsstrukturellen Situation. Am Beispiel ausgewählter ökonomischer, sozialer und siedlungsstruktureller Indikatoren wird gezeigt, dass die hier abgegrenzten Regionen mit einer sehr ungünstigen Ausgangslage für die weitere Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse auch durch sehr ungünstige ökonomische, soziale und siedlungsstrukturelle Strukturen und Trends aufweisen.

Auf Basis des aggregierten Gesamtindex wird differenziert nach unterschiedlichen Betroffenheitsgraden quantifiziert, welcher Bevölkerungsanteil in Kreisregionen lebt, die vor besonderen Herausforderungen bei der Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse stehen. Dieses Verfahren orientiert sich direkt an der GRW-Methodik zur Abgrenzung von Fördergebieten, die die Arbeitsmarktregion indikatorgestützt bundesweit in eine Rangfolge ihrer Förderbedürftigkeit ordnet. Auf der Basis eines zuvor festgelegten Bevölkerungsanteils, der maximal von den abzugrenzenden Fördergebieten erreicht werden darf, können die Fördergebiete in Abstimmung mit den Bundesländern eindeutig definiert werden. Nach Anerkennung der so bestimmten Förderkulisse durch die EU-Kommission kommen die abgegrenzten Fördergebiete regelmäßig in den Genuss umfangreicher regionaler Fördermittel.

Dr. Steffen Maretzke
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im BBR
steffen.maretzke@bbr.bund.de

Andreas Klocke, Sven Stadtmüller
**Soziales Kapital von Kindern in Schrumpfungs-
und Wachstumsregionen**

Das Konzept des Sozialkapitals ist durch die Arbeiten von Putnam (1995) prominent geworden, hat jedoch seine Ursprünge bei Bourdieu (1983), der Sozialkapital als „die Gesamtheit der aktuellen und potentiellen Ressourcen, die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von (...) Beziehungen gegenseitigen Kennens oder Anerkennens verbunden sind“ begreift. Angewendet auf die Gruppe der Kinder kann Sozialkapital als deren Einbindung in relevante soziale Kontexte, wie z. B. in die Familie, in die Schule und Schulklasse oder in die Nachbarschaft, betrachtet werden. Sozialkapital kann für Kinder die Funktion von Unterstützung (bspw. in Krisensituationen) haben, aber auch als ein protektiver Faktor in ansonsten unvorteilhaften Sozialisationsbedingungen wirken (Furstenberg et al. 1999). Klocke und Stadtmüller (2017) konnten jüngst an Paneldaten zeigen, dass sich eine Zunahme an sozialem Kapital begünstigend auf die Entwicklung der Gesundheit und des Gesundheitsverhaltens des Kindes auswirkt – und zwar unabhängig von der ökonomischen Situation seines Elternhauses und von deren Entwicklung im Zeitverlauf. Insgesamt beeinflusst eine hohe Ausstattung mit Sozialkapital somit den Prozess des Aufwachsens in positiver Weise.

Der vorliegende Beitrag zielt darauf ab, die individuelle Ausstattung mit sozialem Kapital von Kindern aus schrumpfenden und wachsenden Regionen zu vergleichen, um auf diese Weise Hinweise in Bezug auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu erhalten. Dabei werden Daten der Studie Gesundheitsverhalten und Unfallgeschehen im Schulalter (GUS) analysiert. Bei GUS handelt es sich um eine Panelstudie von mehr als 10.000 Schülerinnen und Schüler in 14 Bundesländern, in deren Rahmen im Schuljahr 2014/15 erstmals Schülerinnen und Schüler der 5. Jahrgangsstufe mit einem standardisierten Fragebogen befragt worden sind.

Nachdem aufgezeigt wird, wie die individuelle Ausstattung mit sozialem Kapital gemessen wird, geht es in der Folge zentral um die Frage, ob sich die Ausstattung mit sozialem Kapital der befragten Kinder, auch unabhängig von der sozio-ökonomischen Situation des elterlichen Haushalts, in Regionen mit verschiedenen Entwicklungsbedingungen unterschiedlich verteilt. Da mittlerweile die dritte Erhebungswelle der Studie abgeschlossen ist, können etwaige Unterschiede auch im Zeitverlauf untersucht werden.

Putnam, R. D. (1995): Bowling alone: America´s declining social capital. *Journal of Democracy* 6. S. 65-78.

Bourdieu, P. (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hg.): *Soziale Ungleichheiten (Soziale Welt Sonderband 2)*. Göttingen.

Furstenberg, F.F. Jr., Cook, T.D., Eccles, J., Elder, G. H. Jr. & Sameroff, A. (1999). *Managing to Make It*. Chicago: University of Chicago Press.

Klocke, A., Stadtmüller, S. (2017): Social capital in the health development of children. EUI Working Paper, SPS2017(5).

Prof. Dr. Andreas Klocke
Forschungszentrum Demografischer Wandel (FZDW)
Frankfurt University of Applied Sciences
andreas.klocke@fzdw.de

Dr. Sven Stadtmüller
Forschungszentrum Demografischer Wandel (FZDW)
Frankfurt University of Applied Sciences
Sven.Stadtmueller@fzdw.de

Ulrich Scheele, Ernst Schäfer

Wat nu? Demografischer Wandel im Wattenmeerraum

Neue Erkenntnisgewinne durch einen Perspektivwechsel?

Dass ländliche Regionen ganz besonders von dem demografischen Wandel betroffen sind, ist in der Zwischenzeit ein Allgemeinplatz. Das gilt auch für die besondere Rolle von Kommunen oder zivilgesellschaftliche Organisationen, wenn es darum geht, die Folgen des demografischen Wandels abzufedern. Nicht selten wird bei Problemanalysen und Handlungsempfehlungen auf statistische Auswertungen und auf klassische Indikatorenvergleiche zurückgegriffen. Aus einer rückläufigen Bevölkerungszahl und der veränderten Alterspyramide wird dann auf negative Folgen für die Sicherung der Daseinsvorsorge geschlossen. Oft bleibt jedoch bei der Betrachtung auf dieser räumlichen Maßstabsebene außer Acht, wie sich bspw. der demografische Wandel auf der Ortsteilebene auswirkt, wie Bürger vor Ort diese Herausforderungen wahrnehmen und wie sie bislang mit diesen Folgen umgehen. Auch das wird bei einer räumlich differenzierten Betrachtung deutlich: es gibt auf der kommunalen Ebene vielfältige Projekte, Initiativen, Ideen, Organisationen etc., die sich auf sehr unterschiedlicher Weise mit dem demografischen Wandel auseinandersetzen. Aber diese Initiativen und Projekte sind oft nicht miteinander verknüpft, sie haben nicht die notwendigen Ausstrahlungseffekte, es mangelt an personellen und finanziellen Ressourcen, um sie langfristig zu etablieren und sie aus den Nischen herauszuholen und am Willen und manchmal auch an der Bereitschaft auf beiden Seiten, diese eher im informellen Bereich angesiedelten Initiativen in die formellen kommunalen Planungsprozesse und in die kommunale Politik zu überführen. Mit diesen Fragestellungen befasst sich das Projekt „Wat nu? Demographischer Wandel im Wattenmeerraum“, eines der über 30 Vorhaben der vom BMBF initiierten Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“. Ihr erklärtes Ziel ist die Stärkung der Kommunen als Initiatoren, Partner und Adressaten von F & E für eine nachhaltige, gegenüber demographischen Änderungsprozessen widerstandsfähige Entwicklung. Das Untersuchungsgebiet von „Wat nu?“ besteht aus den Inselgemeinden Juist und Spiekeroog, der Stadt Norden sowie der Gemeinde Wangerland; letztere ist direkter Projektpartner. Sie zeichnet sich durch einige Besonderheiten aus: sie ist eine flächenmäßig große Kommune mit vielen verstreuten Ortsteilen und geringer Bevölkerungsdichte; sie liegt im Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer und ist damit auch Bestandteil des UNESCO Weltnaturerbes und Biosphärenreservats, was einerseits ein wichtiges Kapital für die regionale Entwicklung darstellt, andererseits diese aber auch begrenzen kann; und die Gemeinde ist ein Tourismusstandort: sie muss bei sinkender Einwohnerzahl die nur saisonal ausgelastete Infrastruktur einer Großstadt vorhalten.

Zentrales Merkmal des Projekts ist ein transdisziplinärer Ansatz, bei dem mit Bürgern, der Kommune, lokalen Institutionen und der Wissenschaft die spezifischen Problemlagen konkretisiert werden, gemeinsam Lösungen entwickelt und umgesetzt werden. Dabei setzt „Wat nu?“ auf unterschiedliche Formate; dies reicht von traditionellen Verfahren der statistischen Auswertung, über Bürger- und Zukunftswerkstätten, Fotowettbewerbe, Asset Mapping und Mental Mapping. Mittels online basierter Instrumente wird versucht, eine wichtige Gruppe einzubinden, die ein spezielles Interesse an der nachhaltigen Entwicklung der Kommune hat, nämlich Touristen, die oft schon eng und lange mit der Region verbunden sind. Ein wichtiges Element ist daneben auch der Einsatz von studentischen Projektgruppen und die Förderung von Master- und Bachelorarbeiten zu ausgewählten Fragestellungen. Auch diese Ergebnisse sind Bestandteil des Projektes und werden an die Bürger und die Kommune zurückgespiegelt. Die hier vorgestellten Ergebnisse basieren auf einer Auswertung der unterschiedlichen Formate, die zusammengenommen ein repräsentatives Bild des demografischen Wandels in den Kommunen bieten. Am Beispiel der Gemeinde Wangerland werden die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die sozialen Infrastrukturen der Daseinsvorsorge untersucht und sich dabei auf die Nahversorgung und dörfliche Gemeinschaftseinrichtungen konzentriert, die in vielen Ortsteilen noch die letzten verbleibenden Begegnungstätten der Bevölkerung sind. Der Verlust an Dorfläden, ein auch in den Hauptorten unzureichendes Sortiment, die Schließung von Postfilialen oder auch der Abbau von Bankautomaten müssen dann über zunehmende Anforderungen an die Mobilität der Bewohner kompensiert werden. Hier wirkt sich der demografische Wandel dann mehrfach aus: ältere Menschen sind individuell weniger mobil, der öffentliche Nahverkehr ist kaum ausgebaut und gerät bei rückläufigen Einwohnerzahlen weiter unter Druck; gleichzeitig führen veränderte Sozialstrukturen in den Dörfern (u. a. Zunahme von Ferienwohnungen und Zweitwohnungen) dazu, dass bspw. Nachbarschaftslösungen nicht mehr greifen. Gemeinsam mit Bürgern, der Kommune und Unternehmen werden aufbauend auf dieser detaillierten Bestandsaufnahme dann neue Konzepte entwickelt und ihre Umsetzung angestoßen werden müssen. Vorschläge – auch aus der Kommune heraus – gibt es: sie reichen von Bürgerbus Initiativen, über multifunktionale Nutzung von Gebäuden der Nahversorgung

bis zu innovativen mobilen Nahversorgungslösungen. Es gibt zahlreiche Potenziale in der Kommune, Einwohner, Zweitwohnraumbesitzer aber auch Touristen sind bereit, sich zu engagieren. Der in der Zwischenzeit vom Projekt angestoßene Partizipationsprozess hat bei vielen Beteiligten eine Erkenntnis gebracht: es reicht nicht der Ruf nach der „Gemeinde“, sondern man hat es selbst in der Hand.

Prof. Dr. Ulrich Scheele
Arbeitsgruppe für regionale Struktur-
und Umweltforschung GmbH (ARSU)
scheele@arsu.de

Ernst Schäfer
Arbeitsgruppe für regionale Struktur-
und Umweltforschung GmbH (ARSU)
schaefer@arsu.de

Rainer Winkel

Leistungsfähige Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensbedingungen im Spiegel demografischer Strukturen und Trends

Gleichwertige Lebensbedingungen bedingt eine Grundausstattung der Bevölkerung und Wirtschaft an Daseinsvorsorge, die allen zugänglich ist. Indikatoren dienen dazu, bestimmte Sachverhältnisse, so auch die Ausstattung mit Daseinsvorsorge, abzubilden. Für die quantitative Versorgungsausstattung ist das verhältnismäßig unproblematisch, für die Abbildung von Gleichwertigkeit schwierig.

Der demografische Wandel bewirkt quantitative und altersstrukturelle Veränderungen sowie Veränderungen von Familienstrukturen und z. T. ethnischen bedingte Bedarfsveränderungen. Das hat Folgen für Indikatoren. Besonders betroffen sind dünnbesiedelte Regionen. Dort werden die Bedarfsindikatoren z. T. unterschritten was zu Schließungen und damit zum Abbau von Daseinsvorsorge, somit von Gleichwertigkeit führt. Deshalb wird die Forderung nach Mindeststandards laut. Wegen der großen Unterschiede der Vorgaben für Daseinsvorsorge zwischen den Bundesländern sind kaum einheitliche Indikatoren, die das Verhältnis von Bevölkerung zu Versorgungseinrichtungen vorgeben, machbar. Zudem sind derartige Vorgaben auch von den Konzepten abhängig und die weisen z. T. ebenfalls deutliche Unterschiede auf. Eine Lösung wäre Zielindikatoren, die ein anzu-strebendes Verhältnis von Ausstattung zur Bevölkerung vorgeben und den Weg der Umsetzung für freie Gestaltung der Konzepte offen zu lassen. Zudem wären damit eher ressortübergreifende Lösungen machbar.

Zur Einschätzung des demografischen bedingten Handlungsbedarfs hat die sächsische Regionalplanung ein Betroffenheitsindikator entwickelt. Für den Umgang mit der Betroffenheit könnten Zielsetzungs-Indikatoren gebildet werden. Die Maßnahmen zum Erreichen der Zielsetzungen sollten offen und flexibel sein und stets auch die voraussichtliche Bedarfsentwicklung in tangierenden Bereichen einschließen. Außerdem ist die voraussichtliche Entwicklung der Rahmenbedingungen, insbesondere der finanziellen, zu berücksichtigen. Vor größeren Investitionen ist grundsätzlich ein Demografie-Check durchzuführen.

Prof. Dr. Rainer Winkel
DISR Deutsches Institut für Stadt und Raum
rainer.winkel@t-online.de

Anja Sonnenburg, Anett Großmann

Erfassung von Indikatoren in gesamtwirtschaftlichen Modellen

Der demografische Wandel vollzieht sich in Deutschland unaufhaltsam: bis zum Jahr 2060 werden der 13. Koordinierten des Statistischen Bundesamtes Variante G1L1W2 zufolge 8 Mio. Personen weniger in Deutschland leben als noch im Jahr 2014 trotz Zuwanderung und steigender Lebenserwartung. Auch der demografisch bedingte Alterungsprozess setzt sich weiter fort. Diese für Deutschland insgesamt allgemeingültigen Trends verlaufen in den Regionen in unterschiedlicher Intensität und die regionalen Implikationen des demografischen Wandels z. B. auf die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt und die Finanzausstattung der Kommunen sind recht heterogen.

Die Wahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist im Raumordnungsgesetz § 2 festgeschrieben. Das betrifft u. a. die Bereiche der Infrastruktur, Wirtschaft und Kultur. Für die Bewertung der gleichwertigen Lebensverhältnisse gibt es kein klar definiertes und allgemein anerkanntes Mess- und Bewertungskonzept. Es existieren aber bereits Indikatorensysteme, die versuchen regionale Disparitäten zu messen.

Zur Beurteilung, ob sich die Lebensverhältnisse bei veränderten demografischen Bedingungen zukünftig verbessern bzw. weiter gesichert sind, können gesamtwirtschaftliche (Projektions-) Modelle zum Einsatz kommen. Das regionalisierte Deutschlandmodell INFORGE wurde z. B. um demografische und arbeitsmarktrelevante Indikatoren erweitert. Dieses Modell bildet die Wirtschaft vollständig ab und stellt sowohl die Interaktionen zwischen den Marktakteuren als auch auf Branchen- und regionale Ebene dar. Somit können Implikationen unterschiedlicher demografischer Entwicklungen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und verschiedene Teilbereiche wie z. B. den Arbeitsmarkt erfasst werden. Die Abbildung der demografischen und wirtschaftlichen Entwicklung auf Bundesländer-, Kreis- und Gemeindeebene ermöglichen Aussagen auch auf kleinräumiger Ebene. Aus verschiedenen Regionalprojekten liegen Forschungsansätze für die Bildung relevanter Indikatoren vor.

Die Erfassung von Indikatoren in gesamtwirtschaftlichen Modellen kann sowohl ex post dem Monitoring von Fortschritten in Richtung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den Regionen Deutschlands dienen als auch zur Ex-ante-Abschätzung von Handlungsempfehlungen mit den ausgewählten Indikatoren. Für eine Ex-post-Betrachtung bietet sich etwa ein Vergleich der Entwicklung von Beschäftigung und erwerbsfähiger Bevölkerung auf Kreisebene an, um zu zeigen, in welchen Regionen sich die Chancen, einen Arbeitsplatz vor Ort zu finden, positiv entwickeln. Zudem liegen regionale Prognoseergebnisse aus INFORGE zur Beschäftigung vor, die ex-ante eine Abschätzung der sektoralen Beschäftigungsperspektiven erlauben.

Anja Sonnenburg
Gesellschaft für Wirtschaftliche
Strukturforschung mbH Osnabrück
sonnenburg@gws-os.com

Dr. Anett Großmann
Gesellschaft für Wirtschaftliche
Strukturforschung mbH Osnabrück
grossmann@gws-os.com

Sascha Dunger

Der Wert von kleinräumigen Bevölkerungsprognosen – Ein Praxisbericht

Bevölkerungsprognosen werden aufgrund der hochkomplexen statistischen Verfahren zentral über die statischen Landesämter berechnet und veröffentlicht. Je nach Bundesland stehen die Daten in unterschiedlicher Detailtreue zur Verfügung. Eine jahrgangsgenaue Darstellung und eine differenzierte Betrachtung nach Ortsteilen oder Teilräumen liegt den Kommunen zumeist nicht vor.

Für die Stadt- und Regionalentwicklung ist es von entscheidender Bedeutung, wie sich die Bevölkerungszahl unter bekannten und variablen Rahmenbedingungen zukünftig entwickelt. Als führendes deutsches Stadtentwicklungsunternehmen haben wir ein Prognoseinstrument erstellt, welches basierend auf Einwohnermeldedaten eine differenzierte Fortschreibung der Bevölkerung ermöglicht. Es versetzt Verwaltung und Politik in die Lage frühzeitig wichtige Trends zu erkennen und entsprechende Handlungsstrategien abzuleiten. Die vorausberechnete Bevölkerungsentwicklung ermöglicht eine jahresgenaue Darstellung der Bedarfe für zukünftig benötigte Kindergarten-, Grundschul- und Pflegeplätze sowie den statistisch benötigten Wohnraum und den sich ergebenden Grad der Ärzteversorgung. Die Kommune wird somit in die Lage versetzt ihre Kapazitäten der Daseinsvorsorge vorausschauend und nachhaltig zu planen und für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen. Die Bedarfsermittlung von Einrichtungen kann als Nachweis für Prüfbehörden und im Rahmen von Fördermittelanträgen verwendet werden. Das Tool kann darüber hinaus genutzt werden um die Entwicklung im Rahmen von Fördergebieten oder gesamtstädtisch zu evaluieren/monitoren und bietet dabei verschiedene Kennzahlen:

- Betreuungsquote Kleinkinder,
- Verhältnis Pflegeplätze/Senioren,
- genderspezifische Wanderungsdifferenz,
- Ortsteilranking,
- Ärzteversorgungsgrad nach Kassenärztlicher Vereinigung
- ...

Beispiele aus der Praxis:

Kitaplanung in Suburbanisierungsgemeinden (Pegau, Brandis)

Beide Städte befinden sich im Suburbanisierungsgürtel der Wachstumsregion Leipzig, beide waren in den letzten Jahren geprägt von einem deutlichen Bevölkerungsrückgang. Die Trendumkehr zu verstärkter Zuwanderung erfolgte relativ kurzfristig, so dass eine Anpassung der öffentlichen Einrichtungen kurzfristig notwendig werden würde. Im Rahmen von integrierten Stadtentwicklungskonzepten (InSEK) soll der Investitionsbedarf an den öffentlichen Einrichtungen der Kinderbetreuung (Kita, Hort) festgelegt werden. Durch die Berechnung der zu erwartenden Kinder und der Berücksichtigung von Entwicklungen der Betreuungsquoten konnte eine verlässliche Bedarfsabschätzung erstellt werden.

Rückbauplanung in Schrumpfungsräumen (Hoyerswerda)

Im Zuge der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes wurden Szenarien für die Bevölkerungsentwicklung in der Neustadt entwickelt. Auf dieser Grundlage konnten konkrete Entwicklungsstrategien für den Wohnungsbestand erarbeitet werden. Neben der konkreten Bestandsanpassung sowie der Reduzierung des Angebots wurde auch das zukünftige Wohnungsportfolio ermittelt. Verwendung fand dies nicht nur im fachlichen Diskurs zwischen Verwaltung und Stadtrat sondern auch in der Kommunikation mit den Bürgern, welche auf Grund der Verteilung der unterschiedlichen Altersgruppen in den einzelnen Wohnkomplexen unbedingt einbezogen werden mussten.

Auswirkungen von Unternehmensansiedlungen (Kamenz)

Mit der Schaffung von 700 Arbeitsplätzen in einer bisher von Schrumpfung betroffenen Stadt wird ein Wachstumsimpuls geschaffen. Die Auswirkungen auf die Daseinsvorsorge werden untersucht. Müssen Kapazitäten tatsächlich angepasst werden oder bedarf es lediglich stabiler Übergangslösungen. Begleitet durch einen Leitbildprozess werden die zu erwartenden Änderungen mit den Einwohnern und Akteuren erörtert.

Schulplanung in ländlichen Regionen (Lauta, Elsterheide)

In einer stark schrumpfenden Region wird die Verortung von nachhaltigen Infrastrukturstandorten immer schwieriger. Die Gemeinden Lauta und Elsterheide wollen zukünftig einen Grundschulstandort gemeinsam betreiben. Die Vorausberechnung mit DEMUDAS wurde für die Verortung und die Kapazitätsplanung eines neuen Grundschulstandortes genutzt. Vormalige Standorte in den Gemeinden sollen zugunsten der Zusammenlegung aufgegeben werden. Naturgemäß sind mit derartigen Bestandsanpassungen viele Widerstände verbunden, welchen jedoch mit den berechneten Szenarien in einer fachlichen Debatte begegnet werden konnte.

Planung von Baugebieten in suburbanen Gemeinden (Sandersdorf-Brehna)

Die Vermarktbarkeit von Bauplätzen ist in hohem Maße abhängig von der Bevölkerungsentwicklung, gleichzeitig kann ein attraktives Angebot an Bauflächen (Preis, Lage, Infrastrukturausstattung) zweifellos Wachstumsimpulse auslösen. Um eine verlässliche Erschließungsplanung vorzunehmen und Ausbauszenarien zu planen, werden neben der eigenen Bevölkerungsentwicklung auch Wanderungsszenarien der Nachbarn und der nächstgelegenen Metropolregionen (Halle/Leipzig) untersucht.

Sascha Dunger

Deutsche Stadt- und Grundstücks-
entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG Leipzig (DSK)

sascha.dunger@dsk-gmbh.de

Maxie Lutze, Angelika Frederking

Internationale Studierende als Chancen für Regionen?

Trotz steigender Zuwanderung in den vergangenen Jahren und einer prognostizierten Stabilisierung der Bevölkerungszahl, sinkt die Zahl der Erwerbstätigen bis 2035 in Deutschland (IWD, 2017). Dabei fällt die Entwicklung in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich aus.

Daher werden die demografisch bedingten Fachkräftengpässe insbesondere in Schrumpfs-, aber auch in Wachstumsregionen voraussichtlich bestehen bleiben. Die stark steigende und bislang wenig berücksichtigte Anzahl internationaler Studierender an deutschen Hochschulen wird hier von Politik in Bund und Ländern sowie der Wirtschaft als Chance gesehen, gezielt Fachkräfte für den regionalen Arbeitsmarkt zu gewinnen. Hochschulen werben im Rahmen ihrer Internationalisierungsbestrebungen bereits vielfach engagiert um die Köpfe aus dem Ausland. Der weitgehend bundesdeutsche Trend schlägt insbesondere in den neuen Bundesländern stark zu Buche, also dort, wo der Fachkräftemangel am größten ist. So studieren aktuell z. B. an der Brandenburgisch Technischen Universität Cottbus-Senftenberg 23,7 % (7.730 Studierende) oder an der Technischen Universität Chemnitz 24,8 % internationale Studierende (von 10.624 Studierenden). Das Potenzial ist groß, denn seitens internationaler Studierender an deutschen Hochschulen besteht häufig ein Bleibewunsch, der aus verschiedenen Gründen bislang häufig nicht realisiert wurde. Zudem haben internationale Absolventen bereits einige Zeit in Deutschland gelebt, haben Sprachkenntnisse und sind bestenfalls bereits mit der sie umgebenden Region vertraut. In Kommunen sind internationale Studierende folglich längerfristige Einwohner.

Mit der Initiative „Study & Work“ – gefördert von: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft – haben sich deutschlandweit zehn Projektstandorte modellhaft auf den Weg gemacht, in zwei Jahren regionale Netzwerkstrukturen aufzubauen, um internationale Studierende bei ihrem Bleibewunsch zu unterstützen sowie Potenziale für die Integration auf dem Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft zu mobilisieren. Initiiert von den Hochschulen kooperierten in den „Study & Work“-Netzwerken regionale Partner wie kleine und große Unternehmen, Arbeitsagenturen, Wirtschaftsförderungen, Industrie- und Handelskammern, Ausländerbehörden, Branchenverbände, kommunale Einrichtungen und Studierendenorganisationen.

Aus der Begleitung und Beratung der „Study & Work“-Netzwerke können wir einen differenzierten Einblick in die praktischen Erfahrungen der Projekte geben, der aufzeigt wie internationale Studierende zu einem Zugewinn sowohl für Wachstums- als auch Schrumpfsregionen werden können. Dabei reduzieren sich die Potenziale nicht allein auf das Thema Fachkräfte, sondern wirken in die Region hinein: So sind sie beispielsweise auch Treiber für eine Internationalisierung regionaler Unternehmen und der Region und nehmen eine bereichernde Rolle im sozialen Miteinander in Kommunen ein. So zeigt sich dann auch die aktive gesellschaftliche Integration als wichtiger Beitrag, um z. B. die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, dass sich internationale Studierende nach Studienabschluss auch in strukturschwächeren Regionen mit eher niedrigen Gehaltsstrukturen niederlassen.

Die Erfahrungen und praktischen Handlungsempfehlungen der Hochschulen und ihrer Netzwerkpartner wurden in einem Leitfaden zusammengetragen und sollen den unterschiedlichen Akteuren in Kommunen Hinweise geben, an welchen Stellen sie ansetzen können, um internationale Studierende zu gewinnen (www.study-work.de/ergebnisse).

Maxie Lutze

Institut für Innovation und Technik in der VDI/VDE

Innovation + Technik GmbH Berlin

Maxie.Lutze@vdivde-it.de

Angelika Frederking

Institut für Innovation und Technik in der VDI/VDE

Innovation + Technik GmbH Berlin

angelika.frederking@vdivde-it.de

Antonia Milbert

Wie viel (Re-)Urbanisierung durchzieht das Land?

Sowohl in der öffentlichen als auch in der wissenschaftlichen Debatte herrscht eine gewisse Unübersichtlichkeit und teils widersprüchlicher Befunde zum Trend der Reurbanisierung. Nach Brake und Herfert (2012) soll „mit Reurbanisierung ein Entwicklungsprozess gemeint sein, der mit dauerhafter Wirkung zu einer neuerlichen Bedeutungszunahme von Städten durch eine belebende Nutzung ihrer zentralen Gebiete beiträgt.“ Obwohl diese Entwicklungsprozesse sich nicht nur auf die Bevölkerung beschränken, sondern auch auf Arbeitsplätze und Dienstleistungen oder andere Funktionen, so stützen sich die meisten quantitativ-analytischen Ansätze zur Beschreibung von Reurbanisierung auf die Bevölkerungsentwicklung und/oder Wanderungen im Verhältnis von Städten – meist Großstädten – und Gemeinden ihres Umlands.

In diesem Beitrag werden verschiedene Indikatoren zur Messung von Reurbanisierung vorgestellt. Es handelt sich dabei um absolute und relative Verschiebungen von Bevölkerungszuwächsen von (Groß-)Städten gegenüber dem Umland und von Wanderungen im Stadt-Umland-Kontext. Der zeitliche Fokus liegt auf den Jahren 2011 bis 2015. In fast allen Regionen – auch den ländlichen Regionen – zeichnet sich eine Reurbanisierung ab. Daneben gibt es auch einen Bedeutungszuwachs der Agglomerationen, was unter dem Schlagwort „interregionale Reurbanisierung“ verbucht werden kann. Damit steht hinter der Urbanisierungsdebatte immer auch die Frage nach verallgemeinerbaren Bevölkerungstrends, die das Gleichgewicht und die Entwicklungspotenziale zwischen Stadt und Land verändern.

Antonia Milbert

BBSR Bonn

Antonia.Milbert@BBR.Bund.de

Nikolaus Teves

Bezahlbarkeit des Wohnens, Altersarmut, infrastrukturelle Bedingungen und fehlende Barrierefreiheit als Ursachen innerregionaler Wanderungsbewegungen und ungleicher Lebensverhältnisse

Eine Vielzahl von Faktoren führt dazu, dass sich Menschen in höherem Lebensalter eine neue Wohnumgebung suchen. Die Art und Weise wie dieser Schritt vollzogen wird, hängt einerseits von den individuellen persönlichen Gegebenheiten ab und zum anderen von den regionalen Gegebenheiten. Dem persönlichen Bereich sind die finanzielle Ausstattung, die familiäre und nachbarschaftliche Einbindung, die gesundheitliche Verfassung und individuelle Interessen zuzuordnen. Regionale Gegebenheiten sind die Verfügbarkeit von Wohnraum, die barrierefreie Nutzbarkeit von Wohnraum und Infrastruktur, die Topografie, die medizinische Versorgung, die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs, das Angebot an kulturellen und sozialen Veranstaltungen und die Verfügbarkeit von Dienstleistungen.

Die Untersuchung, die sowohl die Stadt Mannheim einbezieht wie auch die zentrumsnahen Bereiche an der Bergstraße und in der Pfalz und die ländliche geprägten Räume im Odenwald, versucht die Gegebenheiten zu ermitteln, die als Voraussetzung für gewünschte Wanderungen innerhalb der Region angesehen werden können. Parallel dazu wurde nach Möglichkeiten gesucht, wie Wanderungen, die negativ bewertet werden, trotz steigender Mietkosten und infrastruktureller Defizite vermeidbar sein können.

Die theoretischen Überlegungen werden abgeglichen mit empirischen Befunden an Wanderungen innerhalb der Metropolregion Rhein-Neckar, den damit verbundenen Planungsfragen und Umsetzungserfordernissen und den Ergebnissen.

Wenn Wohnungsbaugesellschaften, wie beispielsweise in Viernheim, einen barrierefrei nutzbaren Wohnungsbestand von 18 % haben und in Speyer ein attraktives Sozialangebot in Quartieren besteht, kann dies sowohl Sogwirkung erzeugen als auch Nachahmereffekte.

Nikolaus Teves

Kreissenorenbeirat des Kreises Bergstraße

Lenkungskreis Demografischer Wandel der Metropolregion Rhein-Neckar

teves@t-online.de

Gabriele Vogel

Mega-Trends eröffnen Chancen für den ländlichen Raum - dargestellt am Beispiel der Umnutzung ländlicher Bausubstanz

Megatrends haben einen prägenden Einfluss auf Lebens- und Verhaltensweisen sowie Wertesysteme einer Gesellschaft. Megatrends zeigen Räume an Möglichkeiten auf, die gestaltbar sind.

Im Vortrag wird leerstehende ländliche Bausubstanz als Entwicklungspotenzial betrachtet. Dabei wird der Frage nachgegangen: Welche Wechselwirkungen sind zwischen den sich verändernden Arbeits- und Lebenswelten und ungenutzten historischen Gebäuden im ländlichen Raum möglich?

An Hand von fünf Megatrends werden potenzielle Nutzergruppen und ihre Motivation, sich für ein Objekt im ländlichen Raum zu entscheiden, vorgestellt.

Umnutzungsbeispiele veranschaulichen, dass die Mindestanforderungen an Standorte im ländlichen Raum so unterschiedlich sind, wie der ländliche Raum vielfältig ist.

Indikatoren, die auf Zeitreihen aus der Vergangenheit basieren, können zu einem starren Korsett werden. Um Neues entstehen zu lassen und zu befördern, benötigen ländliche Räume Handlungsspielräume und Experimentierfelder.

Die Einmaligkeit von Bestandsbauten mit ihrer Hausgeschichte und den Gebäude- und Grundstückspotenzialen kann ein Ansiedlungsanreiz sein. Um potenzielle Nutzergruppen zu erreichen, braucht es nicht nur eine zielgruppengerechte Ansprache, sondern auch Möglichkeiten vom Herkömmlichen abzuweichen.

LEADER unterstützt den demografiegerechten Dorfumbau und bietet Möglichkeiten, Neues auszuprobieren.

Zukunft passiert – auch im ländlichen Raum, es braucht Rahmenbedingungen, die vielfältige Zukünfte erlauben.

Gabriele Vogel
Sächsisches Landesamt für Umwelt,
Landwirtschaft und Geologie Dresden
Gabriele.Vogel@smul.sachsen.de

Jürgen Dorbritz

Kleinräumliche Fertilitätsdifferenzierungen in Berlin und ihre Ursachen

Die Studie wurde mit dem Ziel durchgeführt, auf kleinräumlicher Basis (Berliner Prognoseregionen) Fertilitätsdifferenzierungen in Berlin aufzufinden und zu erklären. Die Daten wurden vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg für 60 Berliner Prognoseregionen zur Verfügung gestellt. Letztlich sind es aber nur 59 Regionen, da für den Forst Grunewald die geringen Fallzahlen eine Analyse unmöglich machen.

Es existieren starke Differenzierungen zwischen der zusammengefassten Geburtenziffer, der Nichteheleichenquote, dem Gebäralter und den altersspezifischen Verteilungen der Geburtenziffern. Das Zusammenspiel dieser Indikatoren führt zu einer ganzen Reihe spezifischer Fertilitätsmuster. Diese differenzieren sich weiter aus, wenn nach ehelicher und nichtehelicher Fertilität von Deutschen und Ausländern unterschieden wird.

Für die zusammengefasste Geburtenziffer gilt, dass in den zentrumsnahen Prognoseregionen ein niedrigeres Geburtenniveau besteht. Das durchschnittliche Gebäralter ist im Zentrum und in den besseren Wohnlagen im Südwesten Berlins besonders hoch. Hinsichtlich der Nichteheleichenquote sind die traditionellen West-Ost-Unterschiede erhalten geblieben mit hohen Werten in den ehemals Ostberliner Regionen.

Im Zusammenspiel der drei Fertilitätsindikatoren wurden folgende Situationen aufgefunden: Hinsichtlich der Geburtenziffer und dem Gebäralter zeigt sich, dass sich die Fertilität mit steigendem Gebäralter verringert. Es gibt aber auch Regionen (Frohnau-Hermsdorf), in denen eine sehr hohe Fertilität mit der späten Geburt der Kinder verknüpft ist. In der Differenzierung von ehelicher und nichtehelicher Fertilität zeigt sich, dass eine hohe eheliche Fertilität von einer niedrigeren nichtehelichen Fertilität und umgekehrt begleitet wird.

Bei Einbeziehen der altersspezifischen Dimension wurden 6 spezifische Altersmuster aufgefunden, die hier nur beispielhaft aufgezeigt werden können. So findet sich in der Region Wedding das aktuell dominierende Muster mit niedriger Fertilität im jüngeren Alter und einem Fertilitätsgipfel nach dem 30. Lebensjahr. Die Geburtenziffern der Ausländer steigen früher an und verbleiben lange auf einem relativ hohen Niveau. Neukölln ist durch eine zweigipflige Verteilung charakterisiert, die durch die hohe Teenagerfertilität bei den Ausländern und späte Geburten bei den Deutschen entsteht. In Marzahn existieren hohe Geburtenziffern unter den Jüngeren, was sowohl für die Deutschen als auch die Ausländer zutrifft.

Anhand des Sozialstatusindex, des Ausländeranteils, der Wohnlage und des Anteils an Sozialhilfeempfängern wurde der Einfluss auf Geburtenziffer, Nichteheleichenquote und Gebäralter ermittelt. Dabei zeigte sich, dass der Sozialstatusindex, der stark auf der schulischen und beruflichen Bildung beruht, den jeweils größten Einfluss hat.

Dr. Jürgen Dorbritz
Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) Wiesbaden
juergen.dorbritz@bib.bund.de

Karl Brenke, Marius Clemens

Steigende Erwerbsbeteiligung wird künftig kaum ausreichen, um den demografischen Wandel in Deutschland zu meistern

Im vergangenen Jahrzehnt ist die Zahl der in Deutschland verfügbaren Arbeitskräfte gestiegen – trotz rückläufiger Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Das liegt daran, dass die Erwerbsbeteiligung zugenommen hat, insbesondere bei Frauen sowie generell bei Älteren. Dabei macht sich auch bemerkbar, dass das Qualifikationsniveau gestiegen ist, denn gut ausgebildete Kräfte zeigen eine besonders hohe Erwerbsneigung. In jüngster Zeit ist das Potential an Erwerbspersonen auch infolge von Migration, insbesondere aus anderen EU-Ländern, gewachsen. Die von dort gekommenen Personen weisen inzwischen eine höhere Erwerbsbeteiligung als die Deutschen auf. Das liegt an der günstigen Altersstruktur der Zugewanderten aus der EU. Anders ist es hingegen bei den Zugewanderten aus Drittstaaten insgesamt: Deren Erwerbsbeteiligung ist relativ gering, was auch am fehlenden Zugang zum Arbeitsmarkt liegen mag. Hinzu kommt, dass die Erwerbsbeteiligung von Frauen aus Nicht-EU-Staaten weit unter dem Durchschnitt liegt. Auch künftig wird Deutschland mehr oder minder stark auf Zuwanderung angewiesen sein, wie verschiedene Modellrechnungen zeigen, bei denen die Auswirkungen der demografischen Einflüsse sowie des Erwerbsverhaltens auf das künftige Erwerbspersonenpotential ermittelt wurden. Das gilt auch dann, wenn bis 2040 eine so hohe Erwerbsbeteiligung erreicht wird, wie es sie aktuell in der Schweiz gibt. Das Schweizer Beispiel zeigt, dass es dem Land gelungen ist, Personen mit einer hohen Erwerbsbeteiligung aus dem Ausland anzuziehen. In der Schweiz ist auch die Erwerbsbeteiligung der Älteren viel höher als in Deutschland. Die Bundespolitik sollte das als Hinweis sehen und dafür sorgen, dass Qualifikationspotential nicht durch Frühverrentung vorzeitig verloren geht; die Privilegierung der Altersteilzeit bei Steuern und Abgaben ist kontraproduktiv.

Karl Brenke
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)
kbrenke@diw.de

Dr. Marius Clemens
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)
clemens@diw.de